

Änderungsantrag zum Mitgliederantrag an die 1. Tagung des 3. Stadtparteitages Magdeburg der Partei DIE LINKE

II. Punkt 3 wird wie folgt ersetzt:

Magdeburg ist als ein wichtiger Hochschulstandort weiter zu entwickeln. Eine finanzielle und ideelle Stärkung der Hochschulen ist dafür notwendige Voraussetzung. Das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik steht einer solchen Stärkung im Wege und muss deshalb abgeschafft werden.

Begründung:

Magdeburg muss als Hochschulstandort mit großen Universitätsstädten wie Berlin, München und Jena konkurrieren. Um in diesem Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können, müssen die wissenschaftlichen Einrichtungen in der Stadt immer auf der Höhe der Zeit sein. Hierfür kommt es weniger auf Investitionen in Unterrichtsgebäude und –räume als vielmehr auf Investitionen in „Köpfe“, d.h. in Personen, an. Auch die alleinige Fokussierung auf die Universität ist für einen erfolgreichen Hochschulstandort nicht zielführend, tragen doch auch die anderen wissenschaftlichen Einrichtungen maßgeblich zum Erfolg Magdeburgs als Hochschulstandort bei. Das Kooperationsverbot hat gerade für die Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland massive negative Auswirkungen nach sich gezogen. Nur mit zusätzlichen Finanzmitteln des Bundes kann auch zukünftig das gegenwärtige Niveau gesichert und eine Weiterentwicklung gewährleistet werden.

Torsten Hans, René Hempel, Cathleen Bastian-Hans, Dennis Jannack